

1 Versorgung von unter Dreijährigen (U3) sicherstellen

2
3 Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf:

- 4
5 > ab 1. August 2013 den Rechtsanspruch sicher zu stellen, somit eine bedarfsgerechte
6 Anzahl von Plätzen und entsprechenden bedarfsgerechten Betreuungszeiten zur
7 wohnortnahen Versorgung von unter Dreijährigen (U3) Bremer Kindern vor zu hal-
8 ten,
9 > dass die Koalitionsvereinbarung zur Platzvergabe umgesetzt wird, und dass die Be-
10 rufstätigkeit der Eltern kein bevorzugendes Kriterium darstellt,
11 dazu muss das Ortsgesetz durch die Stadtbürgerschaft für die aktuellen Anforde-
12 rungen dementsprechend geändert werden,
13 > dass ausreichend Erzieherinnen und Erzieher als qualifiziertes Personal in den Kitas
14 eingesetzt werden, und dass der vorhandene Erzieherinnen- und Erzieherschlüssel
15 nicht negativ verändert wird,
16 > dass die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher bedarfsgerecht ausgebaut wird
17 und dass das geplante Zurückfahren der Zusatzklassen in der Erzieherausbildung (1.
18 August 2013) nicht umgesetzt wird,
19 > in der Ausbauplanung den stadteigenen Träger Kita Bremen stärker zu berücksichti-
20 gen,
21 > den Ausbau prioritär in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf voranzu-
22 treiben und dort für die Einrichtung institutioneller Betreuungsplätze zu sorgen,
23 > den Ausbau dahingehend zu steuern, dass alle Einrichtungen perspektivisch eine
24 durchgängige Betreuung für Kinder von 0 bis 6 Jahren anbieten können,
25 > die Entwicklung des Konzeptes zu Kinder- und Familienzentren zu fördern und aus-
26 zubauen,
27 > dass die Beiräte und die Träger frühzeitig in die Ausbauplanung einbezogen und
28 die konkreten Zahlen über Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen in einem transpa-
29 renten Verfahren zur Verfügung gestellt werden.

30 31 Begründung:

32 Kinderbetreuungspolitik ist ein wesentliches Politikfeld um Chancengleichheit und
33 soziale Gerechtigkeit sicherzustellen. Gute Kinderbetreuungspolitik leistet einen Bei-
34 trag für Bildung von Anfang an, für das gemeinsame Leben und Lernen in der Stadtge-
35 sellschaft.

36 Für die Berufstätigkeit und Lebensplanung junger Familien müssen verlässliche Rah-
37 menbedingungen gesetzt werden.

38 Die Schwarz-Gelbe Regierung wird den echten Herausforderungen, vor denen die Län-
39 der und Kommunen beim Kita-Ausbau stehen, überhaupt nicht gerecht. Der Bund
40 bleibt nach wie vor weit hinter seinen Versprechungen zurück, sich mit mindestens
41 einem Drittel an den Kosten für die Kitaplätze zu beteiligen. Zudem will der Bund unter
42 Führung von Angela Merkel 300 Millionen Euro im Jahr 2013 in das Betreuungsgeld
43 stecken – im Jahr 2014 sollen es sogar 1,1 Milliarden Euro sein. Die Regierung will mit
44 dieser Fernhalteprämie die Kinder aus den Kitas kaufen und sich damit aus ihrer Ver-
45 antwortung für die Umsetzung des Rechtsanspruchs stellen.

46 In den ersten Lebensjahren erwerben Kinder die Voraussetzungen für Spracherwerb,
47 Lese- und Rechenfertigkeiten sowie für Motorik und soziale Interaktion. Die frühkindli-

48 che Bildung erfüllt somit eine Schlüsselfunktion, um echte Chancengleichheit und auch
49 um gelungene Integration zu gewährleisten. Diese Ziele kann Kinderbetreuungspolitik
50 aber nur dann erreichen, wenn Kinder aus bildungsfernen Schichten sowie aus Fami-
51 lien mit einem Migrationshintergrund entsprechend als Adressaten unserer Politik
52 Berücksichtigung finden. Aktuelle Studien untermauern, dass Grundschülerinnen und
53 Grundschüler aus Familien, in denen etwa beide Eltern nicht in Deutschland geboren
54 sind, im Lesen, Schreiben und Rechnen besonders schlecht abschneiden. Dort wo diese
55 Kinder ein Angebot frühkindlicher Betreuung wahrgenommen haben, sind die Defizite
56 deutlich geringer. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Eltern ist in diesem Umfeld
57 unabdingbar. Die Entwicklung der Kitas zu Kinder- und Familienzentren ist in diesem
58 Zusammenhang besonders zu fördern.

59

60 Darüber hinaus muss die Ausbauplanung sicherstellen, dass ausreichende und passen-
61 de institutionelle Angebote in den Stadtteilen bereit gestellt werden, die Menschen
62 mit unterschiedlicher kulturellen Hintergrund ansprechen. Um die Ressourcen der Be-
63 treuung optimal nutzen zu können, muss eine durchgängige Betreuung gewährleistet
64 sein, damit Kinder von 0 bis sechs Jahren kontinuierlich in einer Einrichtung betreut
65 werden können, entsprechend dem Elternwunsch.

66 Über die tatsächlichen Bedarfe im Stadtteil haben die Beiräte eine gute Einschätzung.
67 Sie stellen eine wichtige Ressource für die Rückkoppelung der Ausbauplanung dar.

Angenommen.